

Frankreich und die europäische Integration : zwischen Interessen und Gefühlen

Autor(en): **Kende, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163557>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frankreich und die europäische Integration

Zwischen Interessen und Gefühlen

Die Gefühle Frankreichs gegenüber Europa sind von einem Geheimnis umwoben. Wenn man die Franzosen einzeln über ihre Haltung zum Aufbau Europas befragt, findet man, dass sie «dafür» sind, und zwar, wenn man den Umfragen Glauben schenkt, mit einer erdrückenden Mehrheit¹. Die Mehrheit der Franzosen stellt sich sogar positiv zum Gedanken einer europäischen Regierung, «die das letzte Wort auf gewissen wichtigen Gebieten hätte»². In dieser Beziehung liegt Frankreich im guten europäischen Durchschnitt. Wie in anderen Ländern sind die Leute um so proeuropäischer oder zumindest um so mehr der Wichtigkeit der Europäischen Gemeinschaft bewusst, je höher man in der gesellschaftlichen und Bildungshierarchie steigt.

Das alles ändert sich, wenn die Meinungen nicht mehr individuell, sondern auf kollektiver Ebene geäußert werden. Wenn man im Licht der Kampagne für die ersten Europawahlen die französischen politischen «Familien» im Hinblick auf ihre Haltung zu einem supranationalen Europa prüft, muss man mit Erstaunen feststellen, dass sich keine einzige «dafür» erklärt hat. Je näher die Wahlen kamen, um so häufiger hörte man nicht-proeuropäische Glaubensbekenntnisse – obwohl sie nichts gekostet hätten –, sondern alle französischen politischen Parteien zeigten sich immer eifriger zu erklären, worin ihre Vorbehalte gegenüber Europa bestünden . . .

Wohlverstanden: mit Ausnahme der Kommunistischen Partei bezeichnet sich keine der französischen politischen Familien als «antieuropäisch» aus Prinzip. Die Wähler wüssten eine solche Stellungnahme nicht zu schätzen³. Alle jedoch unterstrichen ihre feindselige Haltung gegenüber eventuellen Einschränkungen der nationalen Souveränität (was logisch zur Ablehnung alles Supranationalen, d. h. der EG, führt). Wieder einmal war Frankreich Schauplatz einer konfusen Mobilisierung – so sehr, dass sich ein Anklang an die Ereignisse von 1954, dem Jahr der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in gewissem Mass aufdrängt. Frankreich ist nicht europafeindlich. Es lehnt jedoch ab, sich

in einem grösseren Ganzen «aufzulösen». Darin liegt das Problem, darin liegt das Paradox.

Dieses Paradox klärt sich ein wenig, wenn man es im Kontext der politischen Spiele des heutigen Frankreich sieht. Der Kürze halber wollen wir uns auf die vier grossen Familien der französischen Politik beschränken: Gaullisten, Giscardiens, Sozialisten und Kommunisten.

Tabus und Abgrenzungen

Die antieuropäische Mobilisation von Jacques Chiracs RPR erklärt sich in gewissem Ausmass durch den Zwang, sich von Präsident Giscard d'Estaings Politik abzugrenzen, unter dem der Führer der Gaullisten steht. Man muss aber auch mit dem Anteil einer gewissen Treue zur gaullistischen Tradition rechnen. De Gaulle kam 1958 nicht nur infolge der Algerienkrise zur Macht, sondern auch durch die Unzufriedenheit mit gewissen proatlantischen Tendenzen der IV. Republik. Wenn der Gaullismus überhaupt eine politische Bedeutung hat, die nicht direkt auf die Persönlichkeit seines Begründers zurückgeht, so ist es die leidenschaftliche Bedeutung der französischen «personnalité» und die Ablehnung des Gedankens, Frankreich könne zugunsten einer grösseren Einheit übergegangen werden. De Gaulle als Staatsmann war nicht gegen eine enge und privilegierte Zusammenarbeit mit Europa – beginnend mit Deutschland: schon 1949 lancierte er die Idee einer Europäischen Konföderation. Er hat jedoch nie zugelassen, dass diese Gemeinschaft etwas anderes bedeute als eine Verbindung von Staaten, von denen jeder seine Individualität wahrt. In diesem Geiste hat er in den Institutionen der Gemeinschaft die Idee der Supranationalität bekämpft. Insofern die europäische Integration bedeutet, dass man von der Nation zu etwas anderem übergeht, indem man der nationalen Autorität gewisse Prärogativen entzieht, ist der Gaullismus dagegen, und nichts deutet darauf hin, dass die Erben des Generals in diesem Punkt auch nur die kleinste Konzession gemacht hätten. In diesem Sinne erscheint der «Aufruf von Cochin» als Rückkehr zum Ursprung. Welche Hintergedanken man auch bei diesem «Appell» gehabt haben mag, es ist bezeichnend, dass am Vorabend der Europawahlen ein Parteiführer denken konnte, eine antieuropäische Haltung biete eine gute «Schiessscharte» für ein attraktives Wahlprogramm.

Noch auffallender ist die einschüchternde Wirkung einer solchen Haltung – die auf den ersten Blick unrealistisch, ja sogar archaisch wirkt – auf die übrigen französischen politischen Familien. Aus dieser Sicht bot die *Union pour la Démocratie Française* den traurigsten Anblick. Wenn

wir uns nicht sehr täuschen, ist es allgemein bekannt, dass die liberale und zentristische Strömung für die europäische Integration ist. Die Wähler wissen das⁴. So kam es zur merkwürdigen Situation, dass die Führer der UDF, wegen ihres Regierungsbündnisses mit den Gaullisten, ihre wahre Überzeugung gegenüber Europa nicht offen erklären konnten. Nicht nur, dass sie in ihrer Propaganda keinerlei Enthusiasmus an den Tag legten – sie gingen bis zur Selbstzensur. Kamen sie nicht überein, zu bestreiten, dass es nach ihrer Überzeugung Ziel der Wahlen vom Juni 1979 war, die europäische Integration voranzubringen und dem Europaparlament mehr Befugnisse zu geben? Auf den ersten Blick wirkten sich hier innenpolitische Rücksichten aus, doch hat man das Recht zu fragen, ob diese innenpolitische Taktik nicht auch tiefere Wurzeln hat, nämlich dass die Liberalen und Zentristen nicht so fest von der Kraft der proeuropäischen Neigung überzeugt sind. Ohne es sich vielleicht selber einzugestehen, fürchteten sie, die Juniwahlen würden die grosse Gleichgültigkeit gegenüber Europa enthüllen und zum Anlass einer um sich greifenden Erstarkung chauvinistischer Gefühle werden. Immerhin, die Geschichte der EG und Pompidous «verpatztes» Referendum über den Eintritt Grossbritanniens in den Gemeinsamen Markt bieten Präzedenzfälle, deren warnende Wirkung nicht übersehen werden kann.

Der dritte «Grosse» in der französischen Politik (oder der erste?), die Sozialistische Partei, bot ebenfalls einen bizarren Anblick. In gewissem Sinn war hier die Lage noch komplizierter als bei der UDF. Noch vor wenigen Jahren war diese Partei ebenso proeuropäisch wie der europäischste Zentrist. Das ist ein Erbe aus der Zeit der IV. Republik, dessen Fundierung in der Doktrin durch die politische Entwicklung in Europa – den Linksruck in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern der Gemeinschaft – nur noch verstärkt werden konnte.

Um so erstaunlicher mag es erscheinen, dass in den letzten Jahren – noch dazu unter der Führung des leidenschaftlichen Europäers Mitterrand – die Sozialistische Partei, weit entfernt davon, für ein geeintes Europa im Zeichen der Sozialistischen Internationale zu kämpfen, sich eher von der europäischen Idee distanziert hat. Die Gründe für diese Verschiebung sind «ideologisch». Mit ihrem Programm von Epinay, und in Erwartung der Eroberung der Regierungsmacht im Bündnis mit den Kommunisten hatte die SP eine politische Doktrin geprägt, deren Schlüsselwort «Bruch mit dem Kapitalismus» lautete. Trotz der wachsenden Zahl sozialistisch geführter Regierungen im Rahmen der Gemeinschaft scheint jedoch nichts in der Struktur der europäischen Institutionen in die Richtung eines solchen «Bruches» zu weisen. Die SP genierte sich daher immer mehr, sich proeuropäisch zu zeigen. Sie geriet sogar in Versuchung,

ihre Freunde in England und Deutschland zu verleugnen, als Schmidt, Callaghan und die anderen – alles typische Sozialdemokraten – keinerlei Anstalten machten, mit dem Kapitalismus zu brechen. Man kennt nicht das genaue Datum, aber irgendwann zwischen dem Parteitag von Epinay (1971) und dem letzten Pakt mit den Kommunisten (1977) entdeckten die Ideologen der SP, dass Europa für ihr Volk nur wünschenswert wäre, wenn es den Fortschritt zum Sozialismus im Sinne des «Bruches» fördern würde. Das Europa der «Trusts», das Europa der «Multis», das Europa der «Eurokraten», das Europa der «Banquiers» – noch dazu der deutschen! – ist es nicht wert, von den Sozialisten unterstützt zu werden: das ist zumindest die Position der Mitterrand nahestehenden Ideologen, denen die alten Parteimitglieder nichts zu entgegenen wagen, aus Angst, sie könnten als «Sozialdemokraten» gebrandmarkt werden. Wir wissen nicht, ob Mitterrand selber in der Ablehnung des Europas der Realitäten so weit geht. Sein Pragmatismus schert sich wenig um dogmatische Erwägungen. Aber eben weil er sich auf die Intuition verlässt, musste er etwas in der Geisteshaltung seiner Truppen wittern. Was genau? Das Neuerstarken eines gewissen «Patriotismus»? Das könnte er vernachlässigen – es geht dabei weniger um ein echtes Volksgefühl als um die Rhetorik der KPF. Allgemein gesehen, kann es sich die SP nicht gestatten, auf der Saite des Nationalismus zu spielen. Aber die alten anarchistischen Wurzeln drängen an die Oberfläche, und einen solchen Geisteszustand kann eine Partei, die die Mitbestimmung durch alle Mitglieder auf ihre Fahne geschrieben hat, nicht übersehen. Was bedeutet das für Europa? Die Franzosen sind ja bereits allergisch gegen alles, was der Nationalstaat tut (oder unterlässt). Der Gedanke, sie sollten noch einer zusätzlichen Autorität unterstellt werden, irritiert sie, ohne dass sie sich dessen bewusst werden. Europa – gut, solange es ein harmloser Begriff ohne Folgen bleibt. Aber ein Europa, das etwas tut, ein Europa, das zu einer Art Superstaat wird, kann nur Beunruhigung hervorrufen. Natürlich kann die SP nicht ganz und gar «nein» zum Aufbau eines geeinten Europas sagen. Aber solange sich die Lage nicht geklärt hat, ermöglicht ihr das Geschwätz vom «Bruch» und von den Bedingungen für ein sozialistisches Europa, einer klaren Stellungnahme auszuweichen. Sie kann «Ja» zum Europa der Fiktionen sagen, aber gleichzeitig «brrr» zu allem, was in Sachen der europäischen Integration praktisch vorgeschlagen wird.

Bleibt die Kommunistische Partei. Ihr scharfer, hartnäckiger Antieuropäismus scheint keiner Erklärung zu bedürfen, da er genau der aussenpolitischen Linie der UdSSR entspricht. Doch sind andere Deutungen möglich, ja sogar nötig, seit man weiss, dass es möglich ist, Kommunist und proeuropäisch zu sein (Italien!). Wenn sie die Franzosen aufruft, das

«Europa der Trusts» abzulehnen, hat die KPF dafür gute innenpolitische Motive, die sich sowohl auf die Position der schärfsten Regierungsgegner unter den Gaullisten, als auch auf die Existenz einer extremen Linken gründen. Und dass diese Motive in dieselbe Richtung weisen wie die sowjetische Politik, ist eben ein Glücksfall . . . Wie dem auch sei, die KPF glaubt an das Wiederaufleben eines gewissen Chauvinismus und sucht ihn in die richtige Bahn zu lenken, gleichzeitig aber beteiligt sie sich weiterhin am Wortkrieg mit ihrer Ex-Verbündeten auf der Linken. Das Cliché vom «deutsch-amerikanischen Imperialismus» – dieses Überbleibsel aus den späten vierziger Jahren – traf genau ins Ziel: es ermöglichte der KP sich gleichzeitig an die einen und die anderen zu wenden, wovon sie sich ein gutes Ergebnis versprachen. Durch das Spiel mit dem Nationalismus wollte sie Verbündete aus dem Lager der Gaullisten gewinnen – wo die antideutsche und antiangelsächsische Idiosynkrasie manchmal stärker ist als alle anderen Überlegungen. Andererseits machte es das Wettern der KP gegen ein Europa der Trusts und der Multis ihren ehemaligen sozialistischen Verbündeten unmöglich, ein illegitimes Verhältnis mit der Sozialdemokratie einzugehen.

So also klärt sich das Geheimnis, warum Europa in Frankreich keine politische Fortüne hatte. Die Franzosen sind einigermassen für Europa, ohne richtig dafür zu sein. Gaullisten und Kommunisten drücken auf ihre Art einen Aspekt der französischen Stimmungen aus, während jede der beiden anderen politischen Familien durch ihr Bündnissystem gelähmt ist.

Wo ist Europa?

Wenn jedoch die Begeisterung für Europa so lauwarm ist, muss es noch andere Gründe haben als das politische Spiel. Gründe, die verstehen helfen, warum sich die Sache Europas so schlecht behauptet.

In der Tat, was kann die Beziehung zu dieser Idee für den Franzosen von heute bedeuten? Wenn wir die überkommenen Ideen von einem gewissen kulturellen Erbe beiseite lassen, existieren im Alltagsleben der Franzosen von 1979 Tatsachen, die vom Fortschritt Europas zeugen, und sind sie zahlreich genug, um die Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Sache zu erwecken? Gibt es aber für die Franzosen im Bereich der erfassbaren Wirklichkeit etwas, das von einer europäischen Identität zeugt oder mindestens das unmittelbare Interesse an europäischen Angelegenheiten hervorruft?

Da sich das gegenwärtige Europa vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft definiert, wollen wir zuerst die Öffnung der Märkte betrachten: nicht als

juristische Angelegenheit (deren Realität für den gewöhnlichen Sterblichen unerfassbar bleibt), sondern angesichts präziser Tatsachen, durch die sie sich im Alltagsleben auswirkt. Niemand wird bestreiten, dass sich im Lauf von zwanzig Jahren des Gemeinsamen Marktes der Wirtschaftsraum effektiv geöffnet hat. Man kann sich jedoch die Frage stellen, ob – mit Ausnahme der Bauern, für die Europa zweifellos erlebte Wirklichkeit ist – in den Augen der Franzosen die Öffnung des Marktes einem Europa im Vormarsch entspricht. Schon für den Industriellen fällt der wirtschaftliche Lebensraum nur ausnahmsweise mit dem institutionalisierten Europa zusammen. In seinem Bereich teilt sich im Gegensatz zur Landwirtschaft die ausländische Konkurrenz nicht in zwei deutlich unterschiedene Gruppen, je nachdem ob sie aus Ländern innerhalb oder ausserhalb der Gemeinschaft stammt. Sofern sein Aktionsradius nicht eng lokal beschränkt ist, bewegt er sich in einem Wirtschaftsraum, der die ganze Welt umfasst, und von dem Europa nur ein Teilgebiet bildet. Im Tertiärsektor ist Europa als Realität noch weniger sichtbar – mit Ausnahme einiger Ladenketten, die eine gewisse Multinationalität erreicht haben –, von Berufen wie dem des Arztes oder Anwalts gar nicht zu reden. In der Theorie gibt es nichts Kosmopolitischeres als das Finanzkapital; in der Realität aber gibt es keine deutsche, belgische oder niederländische Depositenbank, die unter ihrer eigenen Firma auf französisches Territorium vorgedrungen wäre – oder es wenigstens versucht hätte.

Die Lage ist ein wenig hoffnungsvoller, wenn man sie vom Standpunkt des Konsumenten betrachtet. In Frankreich, ebenso wie bei unseren Nachbarn, kann man die Europäisierung des Verbrauchermarktes als vollendete Tatsache betrachten. Allerdings ist es schwer, diese Europäisierung von einer weltweiten Marktöffnung zu unterscheiden. In den Schaufenstern und auf den Verkaufspulten gibt es nicht nur Europa, sondern auch Japan, Hongkong, Korea, die USA. Das macht es dem gewöhnlichen Verbraucher nicht leicht, sich einer europäischen Zugehörigkeit bewusst zu werden. Der wirtschaftliche Horizont des «Durchschnittsfranzosen» ist eher lokal, national, universal als europäisch.

Immer noch aus der Sicht der Alltagsrealität kommen wir auf das Problem der rechtlichen oder steuerlichen Entscheide, die zwar aus Brüssel stammen, aber die Interessen des einfachen Bürgers berühren. Hier gibt es keine genauen Informationen, denn das abstrakte Wissen von der Existenz Europas ist eine Sache⁵, die Begegnung mit einem wirklichen Europa – z. B. beim Grenzübertritt – eine andere. Man entfernt sich nicht zu sehr von der Wahrheit mit der Behauptung, dass die Regelungen durch die Gemeinschaft der französischen Öffentlichkeit – wieder mit Ausnahme der Bauern – kaum zu Bewusstsein kommen. Gewiss, wenn

sich die Gelegenheit ergibt, versäumt die französische Verwaltung nicht, daran zu erinnern, dass gewisse – vor allem steuerliche – Massnahmen Ergebnis einer fortlaufenden europäischen Harmonisierung sind. Doch für die grosse Mehrheit sind solche Hinweise etwas Abstraktes, das nicht in ihre Alltagsorgen eindringt. Nicht nur, dass sie nicht das Gefühl haben, einer europäischen Behörde gegenüberzustehen, sie denken auch nicht, dass Brüssel für die französische Regierung eine entscheidende Instanz sein könnte. Gerade dies sollen aber die Franzosen aufgrund der Bemühungen der Kommunisten glauben, mit denen in dieser Hinsicht Chirac und Debré gemeinsame Sache machen. Instinktiv meinen die Franzosen, wenn sich die Regierung auf die Regeln der Gemeinschaft beruft, sei es mehr eine Ausrede als eine verbindliche Vertragsregelung.

Die Praxis bleibt national

Warum sollten sie auch an das Gegenteil glauben, d. h. bei den europäischen Institutionen eine echte Entscheidungsvollmacht suchen? Trotz aller Bemühungen verantwortlicher Europäer gibt es immer noch Grenzen, und zur Zeit grosser Reisewellen machen sie sich durch unangenehme Warteschlangen bemerkbar. Gezahlt wird in der Nationalwährung, und jeder Tourist ist wohl der Ansicht, dass er bei jedem Geldwechsel verliert. Wenn man Hilfe oder Unterstützung braucht, wendet man sich nie an eine europäische Amtsstelle: die Behörde ist lokal oder national, niemals eine Behörde der Gemeinschaft (was in der Zeit der allgemeinen Krise der Sozialversicherung ein Glück für Europa sein könnte: welches Land wäre wohl bereit, das Defizit des Nachbarn mitzutragen?). Das Schul- und Universitätssystem bleibt weiter auf eng nationaler Basis, nicht nur, was die Unterrichtssprache betrifft, sondern auch von allen anderen möglichen Gesichtspunkten (Lehrplan, Spezialisierung, Lobgesänge auf die eigene ethnisch-historische Identität usw.).

Gibt es ein einziges Beispiel dafür, wo und wie man im bürgerlichen und Alltagsleben Europas mit dem Finger berührt? Sogar die Wetterberichte sind national; nur ausnahmsweise erwähnen sie, was jenseits von Rhein und Alpen geschieht. Die Eisenbahn, obwohl sie die einzige ist, die etwas «Transeuropäisches» hat, bleibt in ihrer Bezeichnung und in ihren Tarifen im nationalen Rahmen. Die Autos sind getrennt nach Staaten registriert. Und wenn es auch theoretisch ein europäisches Autobahnssystem gibt, sind in Frankreich die dazugehörigen Strassen auf keine Weise gekennzeichnet. Das ist nicht die einzige Art der Manifestation eines verwurzelten Widerstrebens der französischen Behörden gegen die Anerkennung der euro-

päischen Realität. Wenn wir richtig informiert sind, waren es die französischen Zollbehörden, die durch ihr Veto die gänzliche Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vereitelt haben.

Kann man sich daher wundern, dass die Mehrheit der Franzosen keine deutliche Beziehung zwischen dem Aufbau Europas und den wirtschaftlichen und sozialen Problemen sieht, die ihnen in dieser Krisenzeit zu schaffen machen? Nach den Ergebnissen einer Umfrage vom September 1978 glaubt knapp ein Drittel der Franzosen⁶, dass die europäische Integration eine Lösung bietet für die Probleme, die die Energiekrise auf die Tagesordnung gesetzt hat, für Inflation, Arbeitslosigkeit usw., d. h. für jene Probleme, die ihnen die grössten Sorgen machen.

Ein Problem der Identität

Wenn wir bisher in diesem ganzen Artikel die Hindernisse betont haben, auf die die Europa-Idee im Bewusstsein der Franzosen stösst, so geschah dies nicht aus Lust am Dramatisieren, noch weniger aus Skepsis. Auf dem Weg zu Europa gibt es nicht nur Fehlschläge. Aber nichts ist der Sache der Integration schädlicher als die Starrköpfigkeit, mit der ihre Anhänger die Existenz aller Hindernisse bestreiten. Es genügt in dieser Hinsicht, auf die Illusionen hinzuweisen – sie bestanden noch vor ganz kurzer Zeit –, die die Zentristen über die Sozialistische Partei hegten. Wie oft hat man gesagt, nun, da die Union der Linken zerfallen sei, stünde eine Umkehrung der Allianzen unmittelbar bevor? Und die neuen Allianzen würden längs der Trennlinie «für oder gegen Europa» verlaufen. Nichts dergleichen ist geschehen und nichts deutet an, dass es kurz- oder mittelfristig zu einer solchen Umkehr kommen könnte.

Seit Europas Neubeginn im Jahre 1957 schwebt ein Mythos über allen Akten des europäischen Aufbaus: der Mythos von der einigenden Wirtschaft. Niemand bezweifelt, dass wirtschaftlicher Austausch zur Annäherung führt, und dass gleichartiges Unternehmen konvergente Interessen – und damit auch konvergentes Verhalten – bringt, wenigstens solange die interessierten Parteien annehmen, dass sie ungefähr gleiche Chancen haben. Aber nicht alle Reaktionen gehen in dieser Richtung: es gibt Rivalitäten – die die Gemeinsamkeit des Unternehmens noch verschärfen kann –, es gibt auch die etablierten Interessen. So kommt es, dass die Gesellschaftsgruppen, die die Struktur des Nationalstaates bilden – und die Föderalisten machen einen Fehler, wenn sie sie nicht ernst genug nehmen –, sich in ihren Lebensinteressen bedroht fühlen; ob zu Recht oder Unrecht, ist eine andere

Frage. Allgemeiner zeigt sich, besonders in einem Land, das sich nicht als Leader des Unternehmens fühlt, Widerstand und Beunruhigung aus dem guten Grund, dass jede Umstrukturierung – und die Integration ist eine Umstrukturierung – eine Neuverteilung der Karten mit sich bringt. Da man nicht sicher ist, zu gewinnen, zieht man es vor, die Änderung abzulehnen. Das ist die Strategie der Sicherheit.

Andere Probleme betreffen das Gefühl der nationalen, ethnischen, kulturellen Identität. Die Legitimität einer europäischen Macht setzt bei der Bevölkerung der Gemeinschaftsländer ein Gefühl der europäischen Identität voraus, das die engeren Patriotismen ersetzt, indem es sie vereint. Man hatte gemeint, im Schmelztiegel der Wirtschaft würden sich solche Gefühle automatisch entwickeln. Nichts dergleichen ist bisher geschehen, eher war die Entwicklung umgekehrt. Anstatt die traditionellen Identitätsgefühle abzustumpfen, hat die Durchmischung der Völker, die Europas wirtschaftliche Expansion während der sechziger Jahre mit sich brachte – Massentourismus, Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte, internationale Mobilität und Aktivität der Studenten – eher die nationale Reizbarkeit verschärft⁷. Neue Typen von Spannungen zwischen ethnischen Gruppen sind entstanden, die die Zerbrechlichkeit der Konstruktion Europas zeigen.

Man hatte das Entstehen eines neuen europäischen Bewusstseins erwartet, man erlebte den Aufstieg eines ethnisch-religiösen Partikularismus, der die Nation ablehnt, nicht jedoch im Namen einer grösseren, sondern einer viel kleineren Einheit. Auf einem Kontinent, der die Mikro-Patriotismen kannte – und sie aus bekannten Gründen verwarf –, ist das Wiederaufleben der Mini-Ethnozentrismen etwas Erstaunliches. Die Ursachen dafür sind nicht leicht zu verstehen. Was mich betrifft, bin ich versucht, darin das neueste Stadium der demokratischen Idee zu sehen. Fast überall ist der gewöhnliche Bürger enttäuscht von der Vertretung, die ihm zusteht. Er wünscht nicht nur mehr Mitsprache, sondern eine direktere Demokratie, näher am Ort seines Alltagslebens. So ist einer der Vorwürfe, die er gegen den (National-) Staat vorbringt, die Distanz, die der Staat zwischen ihm, dem Bürger und den Sphären, wo die lebenswichtigen Entscheide fallen, geschaffen hat. Daher der Kampf um Dezentralisierung, die aber in einem Staat wie Frankreich auf praktisch unüberwindliche Hindernisse stösst. Damit bricht die Stunde der Mikronationalismen an, die eine nähere, direktere Demokratie versprechen.

Das neue Hindernis für Europa ist eben dieser Aufstieg der Mikropatriotismen und die damit verbundene Einengung der Identität des Staatsbürgers. Was kann Europa für eine direktere Demokratie bieten? Nicht das Traum-Europa der Föderalisten, sondern Europa, wie es sich unter den wachsamem Blicken der Nationalstaaten aufbaut?

Die europäische Karte spielen

Unter den Hindernissen, die im politischen Bewusstsein der Franzosen auf dem Weg zu Europa liegen, ist jedoch eins, das man als Mythos enthüllen muss. Es ist der Mythos von der deutschen Vorherrschaft. In der Phantasie der Linken und Nationalisten ist er in den letzten Jahren an die Stelle des Mythos vom amerikanischen Europa getreten – dabei vertragen sich die beiden Mythen gut miteinander⁸. Antikapitalismus der Linken und Xenophobie der Rechten kommunizieren freudig in dieser Losung.

Die Franzosen haben eine besondere Begabung, sich Sorgen über nicht existierende Gefahren zu machen und so die Gelegenheiten zu verpassen, die sich ihnen bieten. Mit einer europäischen Armee, wie sie die Abgeordneten 1954 abgelehnt haben, wäre Europa heute französisch, da die französische Sprache, nachdem sie sich einmal als gemeinsame Kommandosprache der Armeen eingebürgert hätte, bald zum Verständigungsmittel der europäischen Elite geworden wäre. Das ist ein vergessener Aspekt des Kampfes um Europa. Aber ein anderes, viel näher liegendes Beispiel ist nicht weniger symptomatisch. Jedermann weiss – ausgenommen die Franzosen –, dass in den zahlreichen Verwaltungsorganen der EWG Französisch die Arbeitssprache ist. Entgegen allen bekümmerten oder sarkastischen Vorhersagen – «Volapük», sagte der General – hat sich Französisch als Sprache allgemeiner Verständigung in diesem «vaterlandslosen» Milieu durchgesetzt und hält sich gut auch nach dem Hinzukommen der Engländer. Sei es nur aus diesem Grund – es gibt noch andere – ist der EWG-Apparat für unsere Partner etwas wie ein französisches Dingsda. Nur die französische öffentliche Meinung nimmt das nicht zur Kenntnis.

Wichtiger: in der Gemeinschaft nimmt Frankreich eine Position der Stärke ein, teils aufgrund seiner Grösse, teils aufgrund seiner zentralen Lage. Frankreich ist unter allen kontinentalen Ländern dasjenige, ohne das man kein Europa machen kann. Man kann sagen, dass dies nicht ausschliesslich für Frankreich gilt. Auch ohne Deutschland kann es kein Europa geben. Doch der Unterschied ist, dass Deutschland gewissermassen «zu Europa verurteilt» ist, während Frankreich – als Land mit Alternativen – um seine Mitmacher feilschen kann. General de Gaulle hat diesen ausschlaggebenden Umstand so gut begriffen, dass er ihn zum Mittelpunkt seiner Europapolitik machte. Er, für den Europa nie ein Wert an sich war, niemals Gegenstand einer Leidenschaft, hat nie gezögert, die Karte der europäischen Einheit – auf die Art, die man noch heute kennt – zu spielen. Warum? Weil er darin das Instrument entdeckt hatte, mit dem er seine Politik bei einer Anzahl von Nachbarn durchsetzen konnte, die noch mehr als Frankreich gezwungen waren, sich auf Europa

zu stützen. So konnte Frankreich unter de Gaulles Impuls einen Sonderstatus im Europa der Sechs erwerben, der es ihm ermöglicht, einmal die Vorteile der Kooperation bis aufs letzte zu geniessen, ein andermal den Einzelgänger zu spielen – und sich dabei noch als einzigen echten Verteidiger der europäischen Institutionen auszugeben. Von 1957 bis heute war Frankreich der einzige Staat, der sich inmitten Europas Erpressung oder Obstruktion gestatten konnte. Das ist ein Aspekt der Realität, dessen sich jedermann im Ausland bewusst ist, von dem jedoch die Franzosen kaum etwas zu wissen scheinen.

Frankreich, das lange Zeit als der Bösewicht der Atlantischen Allianz galt, hat schliesslich durchgesetzt, dass seine Partner die These anerkannten, die Errichtung eines politischen Europas erfordere als Voraussetzung eine grosse Bewegungsfreiheit gegenüber den Vereinigten Staaten. Gerade jetzt, wo sich die Bundesrepublik Deutschland diese – gaullistische – Konzeption zu eigen macht, ereifern sich Linke und Nationalisten in Frankreich über die privilegierte Allianz mit Deutschland. Man mag die Linke ihren Chimären überlassen, aber von de Gaulles Erben würde man gern hören, was sie für Europa anderes und besseres vorschlagen.

Aus all dem ergibt sich eine merkwürdige Schlussfolgerung. Es hat den Anschein, als gäbe es jetzt in der Europafrage eine Lücke zwischen der Entwicklung der öffentlichen Meinung und der Haltung der Regierung Frankreichs. Während die Bürger, wie wir gesehen haben, sich immer weniger für Europa interessieren, ja sogar über Europa verärgert sind, während sich das politische Spiel zwischen den Parteien der Mehrheit und Opposition unter Bedingungen abrollt, die die seltenen Verteidiger Europas lähmen, tut die Regierung, als würde sie durch all dies in ihrer Europapolitik bestärkt, als gehorche sie dem klaren Gebot der Nation. Starrköpfigkeit oder politische Blindheit? Weder das eine, noch das andere. Es ist eine Tatsache, dass Frankreich seit Beginn des Aufbaus von Europa nie so gute Gründe hatte, Europa mitzubauen wie gerade heute, denn nie waren die politischen Positionen der Partner denjenigen Frankreichs so nahe wie in den letzten Jahren. Seit die Energiekrise von 1973 sowohl den spezifischen Charakter der Probleme Westeuropas, als auch die Notwendigkeit einer kohärenten Politik ins Licht rückte, hat sich Europa ein wenig zum Gaullismus bekehrt. Frankreich, das sich durch Giscard d'Estaings Stil besseres Gehör gesichert hat als durch seine früheren rüden Ausfälle, ist zum ersten Mal «glücklich» mit Europa⁹. Es hat auch erreicht, dass die Zusammenarbeit einen direkten politischen Charakter angenommen hat. In der gegenwärtigen Atmosphäre hat Frankreich um so mehr Interesse am Vormarsch zur Integration, als es auf rein wirtschaftlicher Ebene in einen Tempoverlust geraten ist, besonders im Vergleich

mit Deutschland. Aber darum geht es ja: die politische Integration ist Frankreichs beste Karte, da es nur auf diesem Gebiet klar überlegen ist und da dies auch das einzige Mittel dazu ist, durch einen gewissen staatlichen Interventionismus ein Gegengewicht für die freie Bewegung der Wirtschaftskräfte zu schaffen.

Die Regierung ist also gut beraten, wenn sie die europäische Karte spielt, selbst wenn sie dabei riskiert, ein wenig in Widerspruch zu den Gefühlen der Mehrheit der Bürger zu geraten, die sich gegenüber Europa blasiert gibt. Es wäre traurig gewesen, wenn die Europawahl, anstatt diese Lücke zu verengen, das französische politische Spiel noch mehr kompliziert und die Regierung in einem Moment geschwächt hätte, wo sie besonders viel Autorität braucht. Europa hat Besseres verdient, und die Franzosen haben dies schliesslich, wie das Wahlergebnis zeigte, begriffen.

¹ Wir stützen uns hier auf die Umfragen, die periodisch von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt und in «Euro-baromètre» veröffentlicht werden. Auf die Frage, ob sie die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft (im Gemeinsamen Markt) gut oder schlecht für Frankreich hielten, antworteten: «Es ist eine gute Sache» im Verlauf der Jahre: im Herbst 1973 61 %, im Herbst 1975 67 %, im Herbst 1977 57 %, im Frühling 1978 54 % («Euro-baromètre» Nr. 9, S. 24). – ² Im Frühling 1978 äusserten sich 45 % in diesem Sinn, 34 % waren dagegen, 21 % äusserten keine Meinung. – ³ Das ergab indirekt eine von Harris-France Anfang September 1978 durchgeführte und im «Express» Nr. 1419 (18.–24. September 1978) veröffentlichte Umfrage. Sie wurde bei einem Repräsentativmuster von Franzosen im Alter von mindestens 18 Jahren durchgeführt. Man erfährt daraus, dass die Mehrheit der Franzosen die KPF als Gegnerin der Stärkung Europas betrachtet, während nur 4 von 10 Chiracs RPR einer solchen Stärkung zugeneigt sieht; sowohl die Anhänger der KPF, als auch diejenigen des RPR meinen jedoch, die Partei ihrer Wahl wäre «eher für» eine Stärkung Europas. – ⁴ Im September 1978 hielten 56 von 100 Erwachsenen die UDF für einen Anhänger der Stärkung Europas, nur 7

waren entgegengesetzter Meinung. Für die SP war das Verhältnis 53 zu 12 (Express Nr. 1419, S. 97). – ⁵ Eine der von der EWG in Auftrag gegebenen Umfragen – sie wurde im Frühjahr 1975 durchgeführt und 3 Jahre später wiederholt – bezog sich auf den Grad der Information der Öffentlichkeit über europäische Angelegenheiten. Die Hälfte der befragten Franzosen (50 % im Jahr 1975, 46 % im Jahr 1978) gab zu, nicht viel über die Europäischen Gemeinschaften zu wissen (Euro-baromètre Nr. 9, S. 17–19). – ⁶ Auf die Frage: «Denken Sie, dass eine Stärkung der Einheit Europas durch beschleunigte Integration der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eher zur Lösung oder eher zur Verschärfung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme beitragen würde?» antworteten 30 % der Befragten «Eher zur Regelung», 26 % waren entgegengesetzter Ansicht, 44 % äusserten keine Meinung. Die Umfrage wurde bei einem Muster von 1000 Personen durchgeführt («Express» Nr. 1419, S. 98). – ⁷ 1975 berichtete die Presse, dass ein Massenzustrom von Holländern in eine friedliche und malerische Gegend in Zentralfrankreich (sie kamen nicht nur als Touristen, sondern begannen, verführte von der Schönheit der Landschaft, verlassene Bauernhäuser aufzukaufen) eine wahre Explosion der Xenophobie bei

einem Teil der örtlichen Bevölkerung auslöste («Le Figaro», 22. August 1975). Ich führe diesen Extremfall an, um zu zeigen, dass sich Intoleranz nicht ausschliesslich gegen nordafrikanische Arbeiter oder junge deutsche Ultralinke richten muss. Im selben Geist: wenn ich oben festgestellt habe, dass es in Frankreich wenig ausländische Betriebe gibt, frage ich mich, ob dies nicht letzten Endes ein Glück für Europa ist . . . -⁸ S. z. B. den Artikel von P. Pascallon (Repères européens) in Nr. 28 (4. Trimester 1978) der Revue «Contrepoint». Der Autor beginnt mit der Behauptung, dass «Europa heute vor allem ein deutsches Europa unter amerikanischem Protektorat ist». Der Beweis? «Während 1955 die deutsche

Wirtschaft nur ein Viertel des BNP der gesamten Gemeinschaft produzierte, ist es heute über ein Drittel.» Die USA hingegen üben ihre Hegemonie durch Vermittlung der Multis, dieser «trojanischen Pferde des amerikanischen Kapitalismus» (a.a.O. S. 9-10). -⁹ Aus dieser Sicht ist die Krise, die bei der Einführung der Währungsunion um die Grenzkompensationen für landwirtschaftliche Produkte ausbrach, nur ein vorübergehender Rückschlag. Sie zeigt jedoch die Grenzen von Frankreichs gutem Willen. Es ist klar, dass die Regierung auf einem so prioritären Gebiet wie die Landwirtschaft nicht bereit ist, auch auf den geringsten der bisher erworbenen Vorteile zu verzichten.

79.1.1987.10.2d

Lista- Einrichtungs-Systeme für Betrieb, Lager und Büro

Lienhard AG Erlen
CH-8586 Erlen TG
Telefon 072 49 11 11

↓

LISTA

macht Ordnung zum System